

Rechtsanwältin **Juliane Scheer** · Goethestr. 10 · 80336 München

An den

Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz

Herrn Heiko Maas

Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Fax: 030/ 18 580 - 95 25

Gesetzesentwurf zur Einführung beschleunigter Asylverfahren,
geplante Verschärfung des Ausweisungsrechts und Versagung
des Flüchtlingsschutzes

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte protestieren gegen die
weitere Asylrechtsverschärfung

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

nur wenige Wochen bzw. Monate nach der letzten Gesetzesverschärfung und offensichtlich unter dem Eindruck der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln will die große Koalition nun erneut das Asylrecht und das Ausländerrecht zu Lasten der Betroffenen ändern. Als Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, unabhängige Organe der Rechtspflege, sind wir über die im Gesetzesentwurf „Asylpaket II“ vom 19.11.2015 vorgeschlagenen Gesetzesänderungen und die am 12.01.2016 angekündigten weiteren Änderungen des Aufenthalts- und Asylrechts entsetzt. Auf die ebenfalls geplanten Verschärfungen des Strafrechtes werden wir hier nicht eingehen. Wir erkennen in den vorliegenden Gesetzesentwürfen eine unerträgliche und in Teilen wohl auch verfassungswidrige Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts. Rechtsstaatliche Mindeststandards werden über Bord geworfen, medizinische Tatsachen und Erkenntnisse, sowie die Bedürfnisse erkrankter Flüchtlinge werden ignoriert und es scheint, als wolle man sowohl internationale Abkommen als auch europarechtliche Normen sehenden Auges missachten.

**Juliane
Scheer**

Rechtsanwältin

Goethestr. 10
80336 München

Tel: (089) 544 044 34
(089) 544 044 35

Fax: (089) 544 044 36

e-mail
Juliane.Scheer@gmx.net

Bankverbindung:
Stadtsparkasse München
Konto 11103595
BLZ 701 500 00
IBAN: DE63 7015 0000 0011 1035 95
Swift-BIC.: SSKMDEMM

Finanzamt München IV
St.Nr. 146/172/10976

Rechtsanwaltskammer:
www.rak-muenchen.de

Haftpflicht: Bayerischer
Versicherungsverband
VersNr. FE0404697

Es scheint, dass unter dem Druck rechtspopulistischer Kampagnen und derjenigen Kreise innerhalb der Regierungsparteien, die meinen, sich dem beugen zu müssen, der Regierung im wahrsten Sinne des Wortes nichts mehr heilig ist.

Eine Beschleunigung der Dauer der Asylverfahren ist begrüßenswert. Unsere Mandanten leiden unter den langen Verfahren und der Unsicherheit. Dies darf aber nicht zu Lasten der Rechtsstaatlichkeit und unseres humanitären Selbstverständnisses gehen.

Ein massiver Eingriff in bedeutende Verfahrens- und Grundrechte ist weder dafür, noch zum Schutz der Allgemeinheit vor derjenigen verschwindend kleinen Minderheit unter den Migranten und Flüchtlingen, die straffällig wird, notwendig.

Wir protestieren gegen diesen Kahlschlag bei Ihnen als Bundesminister und bei der SPD, die als Teil der großen Koalition mitverantwortlich ist für den massiven Angriff auf das Asylgrundrecht, das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und den Rechtsstaat.

Die geplante Neuregelung zu gesundheitlichen Abschiebehindernissen durch das „Asylpaket II“ soll es laut Entwurfsbegründung ermöglichen, auch lebensbedrohlich erkrankte Personen abzuschicken, wenn die Krankheit schon vor Einreise bestand oder eine medizinische Versorgung im Herkunftsland theoretisch möglich ist. Dies ohne Einzelfallprüfung.

Die Regelungen zur Anerkennung insbesondere psychischer Erkrankungen haben offensichtlich keinen anderen Zweck, als traumatisierten Flüchtlingen den Rechtsschutz zu entziehen. Sie stellen einen durch nichts gerechtfertigten „Kotau“ vor denjenigen bei Bundes-, Landes- und Kreisbehörden dar, denen entgegen allen anerkannten wissenschaftlichen und medizinischen Standards die erfolgreiche Geltendmachung von Traumatisierungen ein Dorn im Auge sind.

Dass bei traumatisierten Flüchtlingen eine rein medikamentöse Behandlung im Heimatland ausreichend sein soll (so die Entwurfsbegründung), stellt eine bewusste Leugnung der medizinischen Notwendigkeiten dar und ist daher in besonderem Maße zynisch.

Dr. Muntz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer, sagt dazu: „Ohne Psychotherapie ist ein schweres Trauma nicht wirksam zu behandeln. PTBS-Kranke erhalten in Einzelfällen Beruhigungstabletten, um überhaupt wieder schlafen zu können. Die Verordnung von Beruhigungsmitteln und Psychopharmaka ersetzen aber keine Psychotherapie.“ Wir sind überzeugt davon, dass nicht nur Sie die Zusammenhänge kennen und empfinden es daher als unerträglich, dass Sie und

dass die SPD in der Koalition offenbar bereit sind, solches mitzutragen.

Perfide sind die Verfahrens- und Präklusionsvorschriften im Hinblick auf die Geltendmachung von Gesundheitsgefahren, bis hin zur Suizidgefahr.

Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften und die vom Bundesverwaltungsgericht entwickelten Anforderungen an Form, Inhalt und Vorlage ärztlicher Atteste sind vollkommen ausreichend, um etwaigen Missbrauch zu unterbinden. Selbst diese Anforderungen können viele ernsthaft erkrankte Flüchtlinge bereits jetzt nicht erfüllen, weil es an qualifizierten Ärzten, Sprachmittlern und entsprechender Beratung mangelt oder die Betroffenen aufgrund ihrer persönlichen Situation und gesetzlicher Einschränkungen keinen Zugang dazu haben. Die Einhaltung der nun vorgesehenen rechtlichen Voraussetzungen wird vielen Betroffenen, gerade den besonders Schutzbedürftigen, unmöglich sein. Dies umso mehr, wenn sie in den berüchtigten „besonderen Aufnahmeeinrichtungen“ völlig isoliert sind. Die Wartezeit für einen Therapieplatz, selbst für die Erstvorstellung zur Diagnose, beträgt bereits in einer Stadt mit einer guten Infrastruktur wie München 6 Monate und länger. Die seriöse Diagnose einer PTBS ist innerhalb der Fristen, die Sie hier setzen wollen, gar nicht möglich, selbst wenn die Betroffenen sofort Zugang zu qualifizierten Ärzten hätten.

Die Berücksichtigung von krankheitsbedingten Gefahren und der Gefahr eines Suizides folgt unmittelbar aus dem Schutz von Leib und Leben nach Art. 2 Abs. 2 GG, wie das Bundesverfassungsgericht bereits mehrfach entschieden hat. Wollen Sie dies wirklich durch Verfahrensregeln unterlaufen?

Durch diese Regelung wird billigend und bewusst der Tod und die schwere gesundheitliche Schädigung von Menschen in Kauf genommen. Das ist nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch klar verfassungswidrig.

Für die im Gesetzentwurf vorgesehenen "beschleunigten Verfahren" ist eine Prüfungs-, Rechtsmittel- und gerichtliche Entscheidungsfrist von jeweils einer Woche vorgesehen. Effektiver Rechtsschutz geht anders. Das hat die sog. „Flughafenregelung“ bereits in der Vergangenheit gezeigt.

Die Betroffenen müssen, wenn sie nicht zum bloßen Objekt staatlichen Handelns degradiert werden sollen, wenigstens eine Chance auf fachkundige rechtliche Beratung und Vertretung haben. Wir treten hier nicht aus berufsständischen Interessen auf. Es geht um elementare Rechte der Schutzsuchenden und um unser rechtsstaatliches Selbstverständnis.

Gerade im Bereich des Migrations- und Asylrechts haben wir es mit Mandanten und Mandantinnen zu tun, deren Möglichkeiten, sich im Verfahren zurecht zu finden ohnehin erschwert sind. Sie sprechen die Sprache nicht, haben meist keine Vorkenntnisse und Erfahrungen mit einem modernen Behörden- und Gerichtsapparat, und sie verfügen in der Regel über keinerlei oder nur wenig Geld. Die Geschichte des Asylrechts ist eine Aneinanderreihung von schmachvollen Versuchen, ein Rechtsschutzsystem zweiter Klasse und eigener Art für eine besonders schutzbedürftige und vulnerable Gruppe von Menschen zu etablieren. Mit diesem Referentenentwurf ist zweifellos ein neuer Tiefpunkt erreicht.

Auch im Ausländerrecht soll erneut in Rechte eingegriffen werden.

Den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre auszusetzen, entbehrt jeglichen sachlichen Grundes und ist unmenschlich. Menschen, die nachweislich wegen Lebensgefahr nicht in ihre Heimat zurück können, wird die Vereinigung mit ihrer Kernfamilie verweigert. Das ist nicht nur integrationspolitischer Unsinn, sondern auch ein nicht gerechtfertigter Eingriff in Art. 6 GG bzw. Art. 8 EMRK.

Insgesamt lässt der Gesetzesentwurf den Versuch erkennen, immer mehr Sondervorschriften und -behandlungen für relativ willkürlich gewählte Flüchtlingsgruppen zu etablieren. Das wirft wiederum die Frage nach der Vereinbarkeit mit Grundrechten, insbesondere Art. 3 GG, vielmehr aber der konkreten praktischen Umsetzung auf. Das geplante Gesetz belastet die ohnehin kaum noch handlungsfähigen Bundes- und Landesbehörden, wird eine Fülle von Verfahren bei den bereits überlasteten Verwaltungsgerichten provozieren und birgt darüber hinaus Gefahren für den sozialen Frieden, da Betroffene gegeneinander ausgespielt werden.

Die mit gemeinsamer Presseerklärung des BMI und BMJV vom 12.01.2016 angekündigte, nicht durchdachte und fast uferlose Ausdehnung der ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse rechtfertigenden Taten ist zur Gefahrenabwehr nicht notwendig, befriedigt in politischer Hinsicht Partikularinteressen von einzelnen Gruppen und wird in der Praxis verheerende, integrationspolitisch absolut unerwünschte und kontraproduktive Ergebnisse zeitigen. Der Mob wird sich dadurch nicht besänftigen lassen.

Gerade auch in Kombination mit den geplanten Verschärfungen im strafrechtlichen Bereich ist im Ergebnis zu erwarten, dass die seit langem zu beobachtende ständige Erhöhung der ausgesprochenen Strafen, auch im Bereich der Bagatelldelikte, insbesondere gegen Migranten, auf eine ständigen Absenkung der Schwellen im Ausweisungsrecht trifft. Die Ausweisung wird

bereits jetzt sowohl von den Betroffenen, als auch von denjenigen, die eine weitere Ausweitung dieses Instrumentes gegen Migranten fordern, als „Sonderstrafe“ für Migranten empfunden. Dies wird nun bedenkenlos weiter ausgebaut und gefährdet damit, abgesehen davon, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen eben gerade keine Sanktionen mit Strafcharakter sein sollen und dürfen, den sozialen Frieden langfristig weit mehr, als der Umstand, dass (auch) Ausländer Straftaten begehen.

Dies gilt umso mehr, als vollkommen klar ist, dass gerade im Bereich des Flüchtlingsrechtes eine Ausweisung gerade nicht auch zum Vollzug der Ausreisepflichtung führen wird. Der Umstand, dass eine Vielzahl ausgewiesener Flüchtlinge gleichwohl Abschiebungsschutz wegen im Heimatland drohender Folter oder menschenrechtswidriger Behandlung genießen wird, ohne aber einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu bekommen, wird erst recht nicht vermittelbar sein. Mit derartig untauglichen Mitteln zu versuchen, den „Volkszorn“ zu besänftigen ist gefährlicher Unfug und ist aufgrund der unmittelbar integrationsschädlichen und damit sicherheitsrechtlich kontraproduktiven Wirkungen rechtlich fragwürdig.

Die Absicht, Frauen und Männer besser und wirksamer vor sexuellen Übergriffen zu schützen, begrüßen wir. Die Verquickung mit asyl- und ausländerrechtlichen Maßnahmen ist jedoch geeignet, rechten und faschistischen Vorurteilen in die Hände zu arbeiten.

Wir appellieren an Sie, als Jurist und als Sozialdemokrat, gerade in dieser aufgeheizten Situation, mit Vernunft und Augenmaß auf der Grundlage von rechtsstaatlicher, humanitärer Überzeugung, den belastbaren Tatsachen und sozial- wie kriminalwissenschaftlicher Erkenntnis zu handeln.

Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass Fehler und Versagen der Polizei und anderer Sicherheitsbehörden erkannt, benannt und bearbeitet werden.

Die Münchner Anwältinnen und Anwälte haben schon im Dezember eine Kundgebung vor der bayerischen SPD Zentrale in München abgehalten. Sie haben für die Aktion, die auch ein großes Echo in den Medien fand, breite Unterstützung erhalten, insbesondere von verschiedenen Therapeuten- und Ärzteorganisationen, IppNW, Refugio München e.V., Pro Asyl, den Jusos München u.a. Die Reaktion des Geschäftsführers

der bayerischen SPD war erfreulich. Er hat Gesprächsbereitschaft geäußert und angedeutet, dass in der SPD durchaus darüber nachgedacht wird, ob man dem zustimmen will. Wir appellieren an Sie, die Gesetzesvorhaben in wesentlichen Teilen dorthin zu befördern, wo sie hingehören: In den Reißwolf.

Mit freundlichen Grüßen,

Unterzeichner/innen:

Rechtsanwältin **Juliane Scheer**
Rechtsanwältin **Gisela Seidler**
Rechtsanwalt **Friedrich Schikora**
Rechtsanwalt **Florian van Bracht**
Rechtsanwältin **Felicitas Kohler**
Rechtsanwalt **Felix Briesenick**
Rechtsanwalt **Florian Haas**
Rechtsanwalt **Leo Borgman**
Rechtsanwältin **Anna Toth**
Rechtsanwältin **Anna Busl**
Rechtsanwalt **Michael Ton**
Rechtsanwalt **Yunus Ziyal**,
Rechtsanwältin **Ingvild Stadie**
Rechtsanwältin **Iris Ludwig**
Rechtsanwalt **Dr. Christoph Kunz**
Rechtsanwalt **Ulrich Lerche**
Rechtsanwalt **Hubert Heinhold**
Rechtsanwältin **Claudia Mühlhäuser**
Rechtsanwältin **Berenice Böhlo**
Rechtsanwältin **Gwendolin Buddeberg**
Rechtsanwältin **Kathrin Böhm**
Rechtsanwältin **Petra Isabel Schlagenhaut**
Rechtsanwalt **Thomas Oberhäuser**
Ass.-Jur. **Jutta Hermanns**
Rechtsanwalt **Michael Kraft**
Rechtsanwalt **Björn Stehn**
Rechtsanwältin **Marie Ellersiek**
Rechtsanwalt **Federico Traine**
Rechtsanwältin **Eva Reichert**
Rechtsanwältin **Andrea Hartl-Fransis**
Rechtsanwältin **Stephanie Dufner**
Rechtsanwalt **Sven-Uwe Burkhardt**
Rechtsanwalt **Marin Rasso Scheid**
Rechtsanwältin **Daniela Evers**
Rechtsanwältin **Simone Rapp**
Rechtsanwalt **Markus Prottung**
Rechtsanwalt **Ulrich v. Klinggräf**
Rechtsanwalt **Markus G. Fischer**
Rechtsanwältin **Susanne Schröder**
Rechtsanwalt **Ulrich Wittmann**
Rechtsanwalt **Tim Burkert**
Rechtsanwalt **Wolfgang Berendsohn**
Rechtsanwältin **Kerstin Müller**
Rechtsanwältin **Lena Stehle**
Rechtsanwalt **Reiner Hartdorf**
Rechtsanwältin **Petra Dervishaj**
Rechtsanwältin **Gilda Schönberg**
Rechtsanwältin **Ilka Quirling**
Rechtsanwalt **Dr. Mark Swatek**

Rechtsanwalt **Rolf Stahmann**
Rechtsanwalt **Rüdiger Jung**
Rechtsanwältin **Anna Vahjen**
Rechtsanwältin **Barbara Wessel**
Rechtsanwältin **Franziska Nedelmann**
Rechtsanwalt **Gerhard Howe**
Rechtsanwalt **Peter Klaus**
Rechtsanwalt **Heiko Habbe**
Rechtsanwalt **Felix Isensee**
Rechtsanwalt **Thomas Krautzig**
Rechtsanwältin **Inken Stern**
Rechtsanwältin **Dr. Dominique Schimmel**
Rechtsanwältin **Silke Hoffmann**
Rechtsanwalt **Ünal Zeran**
Rechtsanwältin **Barbara Dubick**
Rechtsanwältin **Christina Clemm**
Rechtsanwalt **Ralf Fischer**
Rechtsanwalt **Dr. Helmut Pollähne**
Rechtsanwalt **Marcus Hegelein**
Rechtsanwalt **Joachim Genge**
Rechtsanwalt **Michael Moos**
Rechtsanwalt **Martin Lemke**
Rechtsanwalt **Sebastian Scharmer**
Rechtsanwältin **Kirsten Striegler**
Rechtsanwalt **Jasper Brigge**
Rechtsanwalt **Rainer M. Hofmann**
Rechtsanwältin **Berthe Obermanns**
Rechtsanwalt **Hannes Honecker**
Rechtsanwalt **Eberhard Kunz**
Rechtsanwalt **Rainer Kattau**
Rechtsanwalt **Manfred Weidmann**
Rechtsanwalt **Prof. Dr. Jörg Arnold**
Rechtsanwalt **Rainer Willhoeft**
Rechtsanwalt **Christian Niederhöfer**
Rechtsanwalt **Steffen Ahrens**
Rechtsanwalt **Dr. Jonathan Burmeister**
Rechtsanwalt **Prof.Dr. Ernst Fricke**
Rechtsanwältin **Anne Kling**
Rechtsanwalt **Udo Sürer**
Rechtsanwalt **Christoph von Planta**
Rechtsanwalt **Andreas Günzler**
Rechtsanwalt **Joachim Schröder**
Rechtsanwalt **Harald Schandl**
Rechtsanwalt **Hanswerner Odendahl**
Rechtsanwalt **Dr. Udo Kauß**
Rechtsanwalt **Gabriel Goritzka**
Rechtsanwalt **Albert Rühling**
Rechtsanwältin **Laura Aulmann**
Rechtsanwältin **Ulrike Donat**

Rechtsanwalt **Peter Fahlbusch**
Rechtsanwalt **Wolfgang P. Schulz**
Rechtsanwältin **Seda Basay-Yildiz**
Rechtsanwältin **Helga Wullweber**
Rechtsanwalt **Jan Sürig**
Rechtsanwalt **Martin Bechert**
Rechtsanwalt **Dirk Siegfried**
Rechtsanwältin **Silke Studzinsky**
Rechtsanwältin **Ute Kahl**
Rechtsanwalt **Reinhard Jäger**
Rechtsanwalt **Mersad Smajic**
Rechtsanwältin **Birgit Hanke**
Rechtsanwalt **Michael Koch**
Rechtsanwalt **Volker Gerloff**
Rechtsanwalt **Björn Cziersky-Reis**
Rechtsanwalt **Sven Adam**
Rechtsanwältin **Anja Lederer**
Rechtsanwältin **Marion Pein**
Rechtsanwalt **Christoph Lehmann**
Rechtsanwältin **Constanze Zander-Böhm**
Rechtsanwalt **Ulrich Scherer**
Rechtsanwältin **Ursula Groos**
Rechtsanwalt **Mark Nerlinger**
Rechtsanwalt **Walter Lübking**
Rechtsanwältin **Birgit Landgraf**
Rechtsanwalt **Karsten Lütke**
Rechtsanwalt **Bilal Alkatout**
Rechtsanwalt **Dr. Christian Reuther**
Rechtsanwältin **Oda Jentsch**
Rechtsanwalt **Gerhard Strauch**
Rechtsanwalt **Peter Telsemeyer**
Rechtsanwältin **Gabriele Heinecke**
Hochschullehrerin **Prof. Dr. jur. Christine M. Graebisch**
Rechtsanwältin **Sabine Steigerwald**
Rechtsanwalt **Tobias P. Lutze**
Rechtsanwalt **Prof. Dr. Jan Bockemühl**
Rechtsanwalt **Daniel Werner**
Rechtsanwältin **Csilla Iványi**
Rechtsanwältin **Dr. Kati Lang**
Rechtsanwältin **Inga Schulz**
Rechtsanwältin **Cornelia Ganten-Lange**
Rechtsanwältin **Erna Hepp**
Rechtsanwältin **Barbara Heinz**
Rechtsanwältin **Annette Fölster**
Rechtsanwältin **Imeke de Weldige**
Rechtsanwältin **Julia Kraft**
Rechtsanwältin **Barbara Kaniuka**
Rechtsanwalt **Lukas Theune**
Rechtsanwältin **Marlene Jendral**
Rechtsanwältin **Dr. Christina Herrig**
Rechtsanwältin **Gülşen Çelebi**
Rechtsanwalt **Jürgen Westerath**
Rechtsanwältin **Maria Rainer-Volkert**
Rechtsanwalt **Dr. Olaf Heischel**
Rechtsanwalt **Dr. Jan Oelbermann**
Rechtsanwältin **Christine Engels**
Rechtsanwalt **Dieter Kierzynowski**
Rechtsanwalt **Albert Timmer**
Rechtsanwalt **Alexander Wagner**
Rechtsanwalt **Mechtild Düsing**

Rechtsanwältin **Dr. Karin Heilmann**
Rechtsanwältin **Hildegard Strauch**
Rechtsanwalt **Sven Hasse**
Rechtsanwältin **Ko Watari**
Rechtsanwalt **Thomas Moritz**
Rechtsanwältin **Annette Jansen**
Rechtsanwältin **Magdalena Holtkötter**
Rechtsanwalt **Peter Ewald**
Rechtsanwältin **Sigrun Krause**
Rechtsanwalt **Friedrich Sauerbier**
Rechtsanwältin **Insa Graefe**
Rechtsanwältin **Anette Schmidt**
Rechtsanwältin **Veronica Bundschuh**
Rechtsanwalt a.D. **Conrad Zimmer**
Rechtsanwalt **Thorsten Müller**
Rechtsanwalt **Claudius Brenneisen**
Rechtsanwalt **Daniel Kaufmann**
Rechtsanwältin **Arnike Duensing**
Rechtsanwältin **Dr. Babette Tondorf**
Rechtsanwalt **Reinhold Waber**
Rechtsanwalt **Benjamin Raabe**
Rechtsanwalt **Dirk Feiertag**
Rechtsanwalt **Dr. Albrecht Göring**
Rechtsanwältin **Caroline von Wedel-Parlow**
Rechtsanwältin **Vanessa Kayser**
Rechtsanwältin **Maria Viethen**
Rechtsanwalt **Michael Schubert**
Rechtsanwalt **Jens Janssen**
Rechtsanwalt **Jan Wennekers**
Rechtsanwältin **Tina Wienecke**
Rechtsanwältin **Anna Gilsbach**
Rechtsanwalt **Dr. Matthias Lehnert**
Rechtsanwältin **Karola Pohlhausen**
Rechtsanwalt **Nicolai Zipfel**
Rechtsanwältin **Amparo Pardo**
Rechtsanwältin **Anne Nitschke**
Rechtsanwalt **Ralph Monneck**
Rechtsanwältin **Alexandra B. Schernhammer**
Rechtsanwalt **Dirk Asche**
Rechtsanwältin **Annemarie Gaugel**
Rechtsanwalt **Thomas Hessel**
Rechtsanwältin **Katharina Camerer**
Rechtsanwalt **Hartmut Wächtler**
Ass.-Jur. **Klaus Walliczek**
Rechtsanwältin **Waltraut Verleih**
Rechtsanwalt **Jürgen Arnold**
Rechtsanwalt **Dr. Albrecht Göring**
Rechtsanwältin **Wiebke Wildvang**
Rechtsanwalt **Eberhard Haberkern**
Rechtsanwältin **Susanne Achterfeld**
Rechtsanwältin **Nizaqete Bislimi**
Rechtsanwalt **Eduard Abbrent**
Rechtsanwalt **Almuth Riedel**
Rechtsanwältin **Jutta Kassing**
Rechtsanwalt **Harry Gerson**
Rechtsanwältin **Katrin Albers**
Rechtsanwältin **Beate Böhler**
Rechtsanwalt **Eckart Wähler**
Ass. -Jur. **Anja Kießling**
Rechtsanwalt **Philip Rusche**
Rechtsanwältin **Anne-Kathrin Krug**